

*O. M. - h*

VERTRAULICH

PROTOKOLL

der 2. Sitzung des Vororts im Vereinsjahr 1977/78  
vom 27. Juni 1977, Beginn 9.30 Uhr

Anwesend sind die Herren Dr. L. von Planta, Präsident des Vororts, der den Vorsitz hat; Dr. E. Luk Keller, Vizepräsident; Dr. G. Winterberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied; B. Clerc, Dr. A. Hartmann, F. Peyrot, U.H. Sieber, V. Widmer, Mitglieder des Vororts.

Von der Geschäftsführung sind anwesend die Herren Dr. B. Wehrli, I. Sekretär; Rechtsanwalt A. Jetzer, I. Sekretär; Dr. P. Hutzli, Dr. P. Veyrassat, Sekretäre des Vororts; Dr. F. Rühl, volkswirtschaftlicher Mitarbeiter; K. Wild, Pressechef.

Ferner sind anwesend die Herren H. Allenspach, Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen; Dr. Fritz Leutwiler, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank.

Entschuldigt abwesend sind die Herren Dr. A. de Meuron, Mitglied des Vororts; Dr. F. Ebner, Sekretär des Vororts; Dr. P. Brügger, juristischer Mitarbeiter.

Das Protokoll führen die Herren Dr. P. Hutzli und Dr. F. Rühl.



1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Vororts  
vom 23. Mai 1977

---

Das Protokoll wird diskussionslos genehmigt.

2. Probleme des Osthandels

---

Herr Dr. Hutzli: Im Handelsverkehr mit den europäischen Staatshandelsländern, der gemeinhin als Osthandel bezeichnet wird, können verschiedene Phasen beobachtet werden: Bis weit in die 60er-Jahre war der Osthandel auch in Wirtschaftskreisen vielfach verpönt, und zahlreiche Firmen wollten nichts damit zu tun haben. Ein anschauliches Beispiel aus dieser Zeit bildet der Fall jenes Futtermittelhändlers aus der Ostschweiz, der eine Ehrverletzungsklage bis vor Bundesgericht zog, weil er in einem Wahlkampf von der Gegenseite als "Osthändler" bezeichnet worden war.

Zu Beginn der 70er-Jahre änderte sich das Bild und der Osthandel erlebte einen grossen Aufschwung. In der Schweiz haben nicht zuletzt die zwischen 1971 und 1975 mit den Oststaaten abgeschlossenen neuen Wirtschaftsabkommen zu diesem Aufschwung beigetragen, da sie die Beseitigung des gebundenen Zahlungsverkehrs brachten.

In der neusten Phase, seit rund 2 Jahren, ist die Euphorie im Osthandel aber bereits etwas abgeflaut und allgemein ist eine gewisse Ernüchterung festzustellen, da die mit dem Osthandel verbundenen Schwierigkeiten wieder deutlicher zutage treten.



Welches sind nun aber die speziellen Probleme des Osthandels? Ein Problem, welches im Zusammenhang mit dem Osthandel immer wieder diskutiert wird, ist die Gefahr der Abhängigkeit. Erreiche der Osthandel einen zu grossen Anteil, so wird argumentiert, gerate unsere Wirtschaft in eine gefährliche Abhängigkeit, da der Osten mit der Drohung, die Handelsbeziehungen abubrechen oder einzuschränken, politischen oder wirtschaftlichen Druck ausüben könne. Diese Gefahr darf nicht ausser acht gelassen werden. Sie ist sowohl beim Export wie beim Import zu beachten. Im Jahre 1976 betrug der Anteil des Osthandels am schweizerischen Gesamtexport 5,4 %, womit er seit 1971 erstmals zurückgegangen ist. Beim Import belief sich der Anteil auf 3,4 %. Damit kann gesamtwirtschaftlich gesehen nicht von Abhängigkeit gesprochen werden; man darf aber nicht darüber hinwegsehen, dass einzelne Firmen, namentlich kleinere, bereits einen sehr hohen Ostanteil besitzen und dort eine gewisse Abhängigkeit entstanden ist. Ich hatte gerade kürzlich Kontakt mit einer mittleren Firma von 70 Arbeitern, welche mehr als 2/3 ihrer Produktion nach der Sowjetunion verkauft und wo eine volle Jahresproduktion von einem einzigen Auftrag abhing. Diese Abhängigkeit einzelner Firmen ist den östlichen Partnern natürlich bekannt; vorläufig nutzen sie die Situation bei der Festsetzung der Preise und der Kreditbedingungen aus. Es sind aber durchaus auch eigentliche Druckversuche denkbar, z.B. das Begehren auf Ueberlassung von Know-how. Die Firmen sind deshalb immer wieder aufzufordern, den Anteil ihres Ostgeschäftes in Grenzen zu halten.

Das Problem, welches im Zusammenhang mit dem Osthandel in letzter Zeit wohl am meisten diskutiert wird, stellt die Verschuldung des Ostblocks gegenüber den westlichen Industriestaaten dar. Diese Verschuldung ist durch die grossen Handelsbilanzdefizite des Ostblockes entstanden, welche die Oststaaten genötigt hat, Kredite im Westen aufzunehmen.



Die Höhe der Verschuldung wird heute auf 40 bis 45 Mia. \$ geschätzt. Diese Höhe wird allgemein noch als vertretbar betrachtet, da die Oststaaten über ein beachtliches Industriepotential und beträchtliche Rohstoffreserven verfügen, namentlich die UdSSR. Bedenklicher hingegen ist die Tatsache, dass diese Verschuldung angesichts der Handelsbilanzdefizite weiterhin zunimmt und im Jahre 1980 - nach neusten Schätzungen - zwischen 60 und 80 Mia. \$ betragen dürfte. Von Vertretern der Oststaaten wird diese Entwicklung stets heruntergespielt und betont, mit den westlichen Lieferungen sei in den Oststaaten die Industriekapazität ausgebaut worden, was ihnen erlauben werde, die Kredite in den nächsten Jahren durch zusätzliche Exporte in den Westen zurückzuzahlen. Diese Argumentation ist zu einem guten Teil Zweckoptimismus, zeigt es sich doch immer wieder, dass die Oststaaten aus verschiedensten Gründen grosse Mühe haben, ihre Industrieprodukte im Westen an den Mann zu bringen. Es ist deshalb begreiflich, wenn im Westen in letzter Zeit eine vermehrte Zurückhaltung in der Gewährung von Krediten an Oststaaten zu beobachten ist.

Ein weiteres heikles Problem stellt die Frage der Kompensationsgeschäfte dar.

2) Das erwähnte Handelsbilanzdefizit der Staatshandelsländer hat in den letzten Jahren neben der Verschuldung auch vermehrt zur Forderung nach Kompensationsgeschäften geführt. Westliche Lieferanten werden immer häufiger gezwungen, für einen gewissen Anteil des Lieferwertes östliche Ware an Zahlung zu nehmen. Dies schafft für die westlichen Firmen grosse Schwierigkeiten, da sich der Absatz der Kompensationsware meist sehr mühsam gestaltet, weil sie aus technologischen oder qualitativen Gründen im Westen kaum konkurrenzfähig ist. Besonders schwierig wird die Sache für den



westlichen Exporteur, wenn der Weiterverkauf ins Ausland untersagt oder verlangt wird, dass die Kompensationsware aus der gleichen Branche stammt. Dies führt z.B. dazu, dass ein Exporteur von Werkzeugmaschinen wieder Werkzeugmaschinen zu übernehmen hat. Anschaulich ist in diesem Zusammenhang das Beispiel der Uhrenbranche, wo die Sowjetunion bereit war, 50'000 Schweizeruhren zu kaufen, die Schweiz aber ihrerseits 50'000 sowjetische Uhren zu übernehmen gehabt hätte. Nach langen Verhandlungen schien der Handel perfekt, doch plötzlich wollte die Sowjetunion nun nicht bloss 50'000 Stück gegen 50'000 Stück austauschen, sondern den vollen Wert der verständlicherweise teureren Schweizeruhren mit sowjetischen Uhren kompensieren.

Eine vermehrt angewandte Form der Kompensation besteht darin, dass die Lieferung einer Anlage später durch die Produkte, die auf der Anlage hergestellt werden, bezahlt wird.

Angesichts der Schwierigkeiten, die östliche Kompensationsware abzusetzen, sind Exportfirmen gelegentlich geneigt, sie zu Tiefstpreisen auf den Markt zu werfen, nur um sie los zu werden. Dies führt aber zu Marktstörungen auf dem Binnenmarkt und bereits sind Klagen gewisser Branchen, so z.B. der Möbelindustrie, gegen diese Praxis laut geworden. Der Vorort hat deshalb 5 Grossfirmen zu einer Sitzung auf nächsten Freitag eingeladen, um nach Lösungen zu suchen, welche derartige Wettbewerbsverzerrungen durch Kompensationsgeschäfte verhindern.

3) Ein weiteres Problem im Osthandel ist die geringe Berücksichtigung unserer Konsumgüter, wobei die Chemie hier nicht zu den Konsumgütern zu zählen ist. Der weitaus grösste Anteil unserer Exporte entfällt auf Erzeugnisse der Maschinenindustrie und der Chemie. Uhren, Textilien und Lebensmittel werden dagegen von den Oststaaten kaum gekauft, da sie ihre kostbaren Devisen für Investitionsgüter verwenden wollen. Alle



zwischen der Schweiz und den Oststaaten abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen enthalten an sich eine Klausel, wonach der Exportstruktur der beiden Länder Rechnung zu tragen sei. Viel hat diese Bestimmung leider nicht genützt, obwohl die Schweiz in den Gemischten Kommissionen die Frage regelmässig zur Sprache bringt. Ebenso regelmässig behauptet die östliche Seite, die Aussenhandelsgesellschaften seien absolut frei in der Wahl ihrer Bezugsländer und der Lieferant werde rein nach kommerziellen Gesichtspunkten ausgelesen; das Aussenhandelsministerium habe keinerlei Einfluss in dieser Sache. Es mag zutreffen, dass die Aussenhandelsgesellschaften, welche über das Import- und Exportmonopol verfügen, heute eine grössere Selbständigkeit geniessen als früher. Das letzte Wort hat aber nach wie vor die Regierung, da sie, bzw. die Nationalbank, über die Devisenzuteilung befindet.

4) Ein besonderes Problem bietet sich auf dem Textilsektor, wo die Schweiz mit Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien sog. Junktims abgeschlossen hat. Diese Regelung - ich möchte nicht auf Einzelheiten eintreten - gestattet die Einfuhr von Textilien höherer Verarbeitungsstufe in einem bestimmten Verhältnis zu den schweizerischen Exporten der gleichen Produktegruppe. Diese Junktims geben seit ihrem Bestehen dauernd Anlass zu Diskussionen. Die Oststaaten möchten sie abschaffen, während die schweizerische Textilindustrie ungehalten ist, dass gewisse Oststaaten sich nicht an die Vereinbarung halten. Die grössten Rückstände weisen Ungarn und Rumänien auf; die Tschechoslowakei hat ihre Bezugsverpflichtungen nach langen Bemühungen der Schweiz endlich erfüllt, während Polen den Junktims immer nachgekommen ist. Ueberhaupt ist Polen für Konsumgüter der zugänglichste Markt, da die polnische Bevölkerung hinsichtlich der Versorgung sehr empfindlich ist. Die Regierung Gomulka wurde seinerzeit u.a. wegen des Brotpreises gestürzt



und auch das gegenwärtige Regime hatte schon grosse Schwierigkeiten auf diesem Gebiet.

Gerade am Beispiel der Konsumgüter zeigt sich deutlich der Unterschied zwischen der kommunistischen Planwirtschaft und der westlichen Marktwirtschaft: die Oststaaten dürfen bei uns verkaufen, was sie absetzen können (von wenigen Ausnahmen abgesehen), während wir im Osten nur verkaufen können, was die Regierung akzeptiert, auch wenn die Nachfrage bei den Konsumenten vorhanden wäre. Es ist notwendig, immer wieder auf diese grundlegende Differenz hinzuweisen, da die Oststaaten durch eine geschickte Propaganda mehr und mehr glauben machen, sie hätten ein liberales Einfuhrregime und stellten durchaus gleichartige Handelspartner dar.

Der Osthandel bietet noch zahlreiche weitere Probleme, so z.B. die Frage der Vertretungen westlicher Firmen in Ostländern, welche nach wie vor nur in Ausnahmefällen möglich sind, oder den ganzen Problemkreis der Kooperation. Es würde aber zu weit führen, auf all diese Fragen im einzelnen einzugehen. Gesamthaft kann festgestellt werden, dass die Bearbeitung der Oststaaten eine recht mühsame Angelegenheit ist. Bis ein Geschäft zustande kommt, sind zahlreiche administrative Hindernisse zu überwinden. Schon nur das Ausfindigmachen des richtigen Gesprächspartners in den aufgeblähten Verwaltungen wird zum Problem, und bis der ganze komplizierte Entscheidungsmechanismus durchlaufen ist, vergehen Monate und sehr oft Jahre. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass viele Firmen, welche die Oststaaten als kurzfristige Ausweichmärkte betrachten, Enttäuschungen erleben. Alles in allem hat sich die schweizerische Wirtschaft aber recht erfolgreich auf die spezielle Situation des Ostgeschäftes eingestellt und der Aktivsaldo unserer Handelsbilanz mit den Oststaaten belief sich in den letzten Jahren immer auf mehrere



hundert Millionen. 1975 erreichte er eine Rekordhöhe von 1'027 Mio. Franken. Der Rückgang im Jahre 1976 ist beinahe vollumfänglich massiv erhöhten Bezügen sowjetischen Erdöls zuzuschreiben.

Damit wäre trotz all der erwähnten Probleme die Bilanz des Osthandels durchaus positiv für die Schweiz. Ein Hauptproblem bleibt aber ungelöst, und das sind die politischen Konsequenzen. Simpel ausgedrückt lautet die Frage, ob sich der Westen mit dem Osthandel nicht sein eigenes Grab schaufle. Der Ausspruch Lenins, wonach sich die kapitalistischen Staaten zuletzt beeilen würden, die Stricke zu liefern, an denen sie aufgehängt werden, ist allgemein bekannt. Vielfach wird er aber nicht ernst genommen; man weist darauf hin, dass das kommunistische System grosse Wandlungen durchgemacht habe und der Ostblock heute einsehen würde, dass für ihn Koexistenz vorteilhafter sei als Konfrontation. Andererseits weisen aber gerade gute Kenner des Ostens darauf hin, dass die UdSSR wohl z.T. die Methode, nicht aber das Ziel gewechselt habe und dem Handel mit den kapitalistischen Staaten eine ganz bestimmte Funktion zur Erreichung dieses Zieles zukomme. Breschnew hat an einer Bankettrede im Jahre 1972 gesagt: "Die friedliche Koexistenz ist nur eine andere Form des Kampfes gegen den Kapitalismus." Der Ausspruch Lenins hätte demnach seine Gültigkeit behalten. Meist wird in diesem Zusammenhang geltend gemacht, es sei müssig, über diese Frage zu diskutieren, denn wenn die Schweiz ein Geschäft nicht mache, so seien 5 andere Länder noch so gerne bereit dazu. Diese Auffassung ist sicher richtig, sie zeigt aber gleichzeitig, wie leicht es der Westen dem Ostblock auf handelspolitischem Gebiet macht. Es ist allerdings zu differenzieren zwischen dem Handel mit der Sowjetunion und demjenigen mit den Satellitenstaaten. Der Handel mit den Satellitenstaaten könnte sich nämlich auch politisch zugunsten des Westens auswirken, da er die wirtschaftliche Selbständigkeit dieser Staaten und ihre Kontakte zum Westen fördert.



Ich möchte hier nicht länger auf diese politischen Aspekte des Osthandels eintreten. Die Zusammenhänge sind zu kompliziert, als dass man die Problematik in ein paar Sätzen zusammenfassen könnte.

Es scheint mir aber doch notwendig, dass man beim Osthandel nicht immer nur von den eingangs erwähnten, mehr praktischen Schwierigkeiten spricht, sondern dass man sich auch die grundlegende Problematik wieder vermehrt vor Augen führt. Wir setzen uns im innerstaatlichen Bereich überzeugt für die Erhaltung der freien Marktwirtschaft ein. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Marktwirtschaft auch von aussen bedroht ist, wenn auch gegenwärtig nicht sehr offensichtlich.

Der Vorsitzende verdankt das Referat. Im Augenblick sind hinsichtlich des Osthandels keine Beschlüsse zu fassen, doch ist es richtig, über die Problematik nachzudenken.

Herr Dr. Hartmann: Für die Chemie stellen sich im Zusammenhang mit dem Osthandel vor allem drei Probleme:

- Preisgestaltung durch die Oststaaten

In gewissen Sparten stellen die Oststaaten eine ernst zu nehmende Konkurrenz dar, so z.B. bei den Textilfarben. Die Preisgestaltung bei den Exporten der Oststaaten ist aber völlig undurchsichtig und oft ist Dumping nicht auszuschliessen.

- Die Qualität der Ostware

Oft ist die östliche Ware qualitativ auf einer derart niederen Stufe, dass sie im Westen kaum Verwendung findet.

- Der Umfang des Ostgeschäftes ist sehr schwankend. Oft sind grössere Bestellungen kurzfristig auszuführen, worauf dann während längerer Zeit wieder keine Aufträge eingehen. Es ist deshalb wichtig, dass die Firmen das Ostgeschäft limitieren.



Der Vorsitzende: Das Problem des Osthandels ist differenziert zu betrachten. Auf die politische Differenzierung zwischen der UdSSR und den andern Oststaaten hat bereits Herr Hutzli hingewiesen. Es ist aber auch bei der Art der Exporte zu differenzieren. So sind z.B. Lieferungen von Konsumgütern weniger problematisch als die Lieferung von Know-how. Es sollte das Bestreben des Westens sein, nicht aufgrund kurzfristiger Erfolge Know-how und ganze Betriebe zu liefern, da der Westen sonst nur zum Aufbau einer Konkurrenz beiträgt. In dieser Hinsicht ist sowohl in der Schweiz wie im ganzen Westen mehr Disziplin nötig.

Herr Widmer weist auf das Problem der Lieferung von Ostware via Drittländer hin.

Herr Dr. E. Luk Keller betrachtet es als unverständlich, wie weit einzelne schweizerische Firmen im Handel mit der UdSSR gehen. Dies konnte er seinerzeit als Präsident der Gemischten Kommission Schweiz-UdSSR immer wieder feststellen.

Der Vorsitzende schlägt vor, auf das Problem des Osthandels in einer späteren Sitzung zurückzukommen.

Der Vorort ist stillschweigend damit einverstanden.